



Ausbau der E-Government-Plattform für Hamburg und Schleswig-Holstein

Vortrag IV-7



Vorstellung

Uwe Störmer

Dataport

Leiter E-Government Kompetenzzentrum

Uwe.Stoermer@dataport.de

www.dataport.de

Tel.: 0431/3295-6768



Themenüberblick

- ④ **Ausgangslage**
- ④ **E-Government-Plattform**
- ④ **Lösungsprojekt GovernmentGateway**
- ④ **Lösungsprojekt Clearingstelle**
- ④ **Lösungsprojekt Verwaltungsbriefkasten**
- ④ **Deutsches Verwaltungs Dienste Verzeichnis**





Idee der modernen Verwaltung

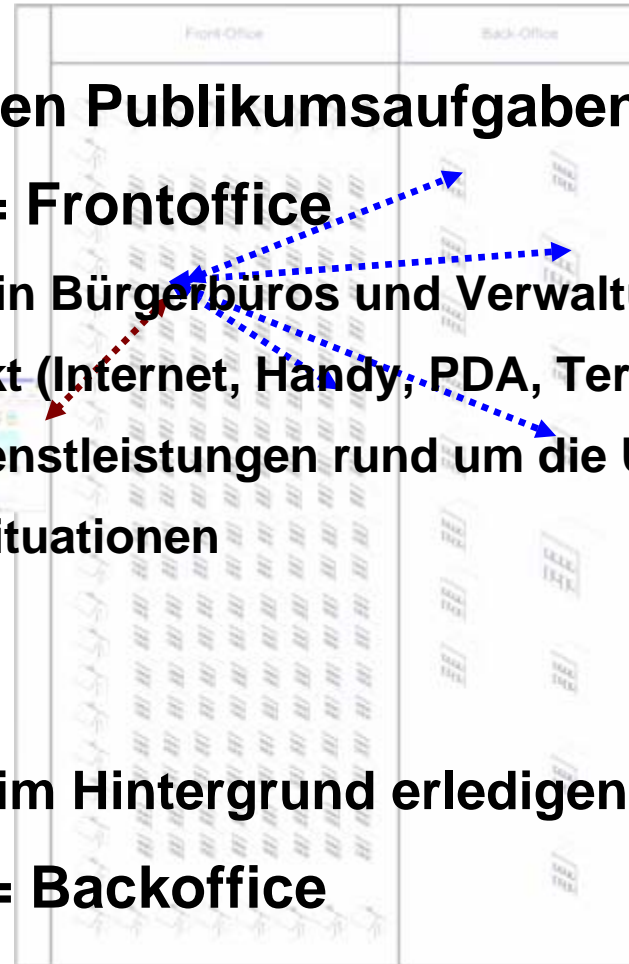
Bürgerbüros mit umfassenden Publikumsaufgaben vor Ort/virtuell

= Frontoffice

- ⊕ Persönlicher Kontakt in Bürgerbüros und Verwaltungsagenturen
- ⊕ Elektronischer Kontakt (Internet, Handy, PDA, Terminal,...)
- ⊕ Erreichbarkeit von Dienstleistungen rund um die Uhr
- ⊕ Orientiert an Lebenssituationen
- ⊕ All-Zuständigkeit

Zentrale Dienste gemeinsam im Hintergrund erledigen

= Backoffice



Schranken des E-Government

- ④ Föderalismus
 - ④ Eigenständigkeit von Bund, Ländern und Kommunen mit finanzieller Ausstattung nach Verfassung garantiert
 - ④ Ressorthoheit
 - ④ Kleinteiligkeit (insbesondere SH)
- ④ Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns
 - ④ Verwaltung muss sich an (unzählige) Rechtsnormen halten
 - ④ Vergaberecht
- ④ Daseinsvorsorge
 - ④ Virtuelles Rathaus als ein weiterer Zugangskanal

Öffnen der Schranken

- ④ Kooperationen
 - ④ FHH und SH
 - ④ E-Government-Vereinbarung Land/Kommunale Landesverbände (SH)
 - ④ Metropolregion Hamburg
 - ④ Deutschland Online, Media@Kom Transfer
 - ④ Länderübergreifende Zusammenarbeit
 - ④ Dataport als IT-Dienstleister für 4 Bundesländer
- ④ Pragmatischer Ansatz
 - ④ Rechtlich notwendig
 - ④ Technisch erforderlich
 - ④ Wirtschaftlich umsetzbar
- ④ Gemeinsame Infrastrukturen
 - ④ E-Government-Plattform

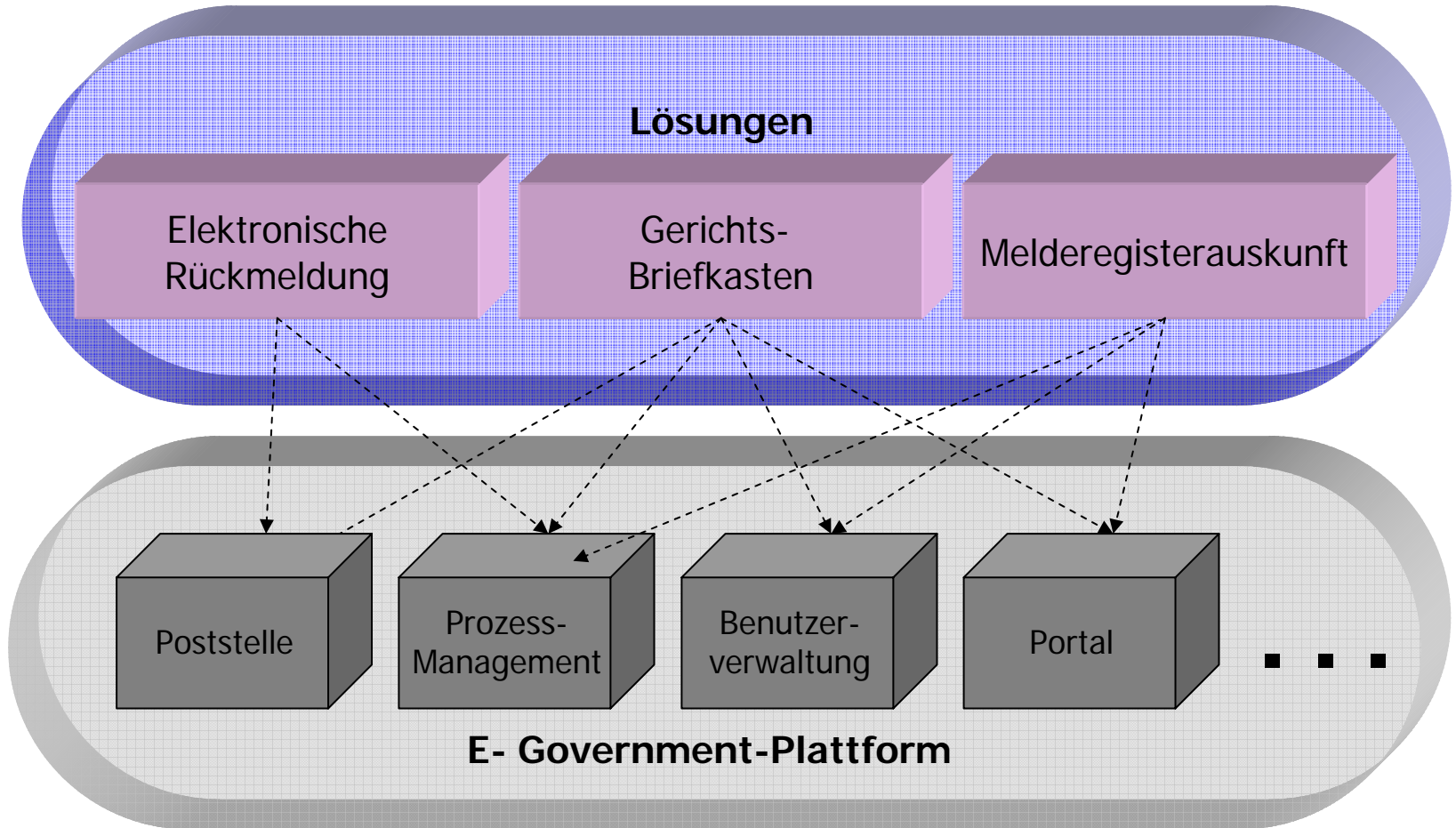


Idee

- ④ Leistungen „Vor-die-Klammer-ziehen“
- ④ Umsetzen als abgestimmte Plattform
- ④ Realisiert und betrieben an einer Stelle
 - ④ Wirtschaftlich
 - ④ Sicher
 - ④ Verfügbar

**Alles Erforderliche
für die Einführung von
verwaltungsübergreifendem
E-Government**

Idee (II)



Aufbau der Plattform

- ④ Bedarfsorientiert
- ④ Durch zielführende Lösungsprojekte
- ④ Keine „Produktion auf Halde“
- ④ Möglichkeit, Fehlentwicklungen zu korrigieren
- ④ Basierend auf bestehenden Infrastrukturen in HH und SH



GovernmentGateway

Transaktionsinfrastruktur, die Backendverfahren f. d. Zugriff über das Internet verfügbar macht, incl. Payment u. Authentifizierung

HH, SH, RLP

④ HamburgGateway

- ④ Echteinsatz August 2003
- ④ 15 Onlineanwendungen im Echteinsatz
- ④ NutzerInnen: 15.000 VerwaltungsmitarbeiterInnen,
40.000 BürgerInnen, 5.300 Firmen
- ④ Ca. 1,15 Mio Einwohnermeldeauskünfte seit August 2003
- ④ Ca. 77.000 Registerabfragen seit August 2004

④ Schleswig-HolsteinGateway

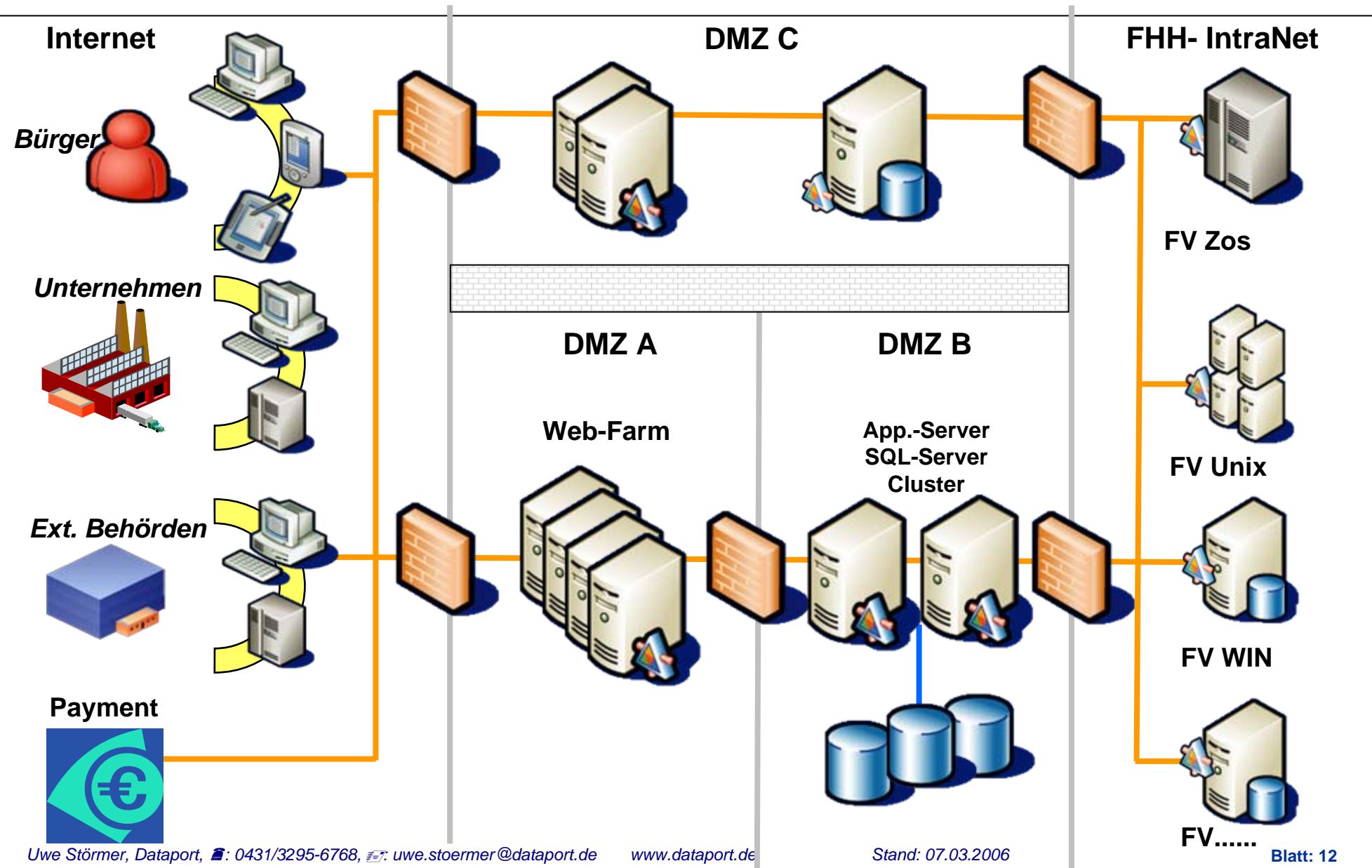
- ④ Testsystem seit November 2005
- ④ Echtbetrieb mit GeoServer voraussichtlich Mitte 2006



GovernmentGateway

Kooperation mit dem Rheinland-Pfalz

- ④ Entwicklungsgemeinschaft von Dataport und dem Landesbetrieb Daten und Information (LDI)
 - ④ Beginn: April 2005
 - ④ Gemeinsame Releaseplanung
 - ④ Gemeinsame Changeplanung
 - ④ Kostenteilung in der Weiterentwicklung
 - ④ GovernmentGateway und Verwaltungsbriefkasten
- ④ Regelmäßige Treffen der Verantwortlichen aus Auftraggeberländern



Clearingstelle für das Meldewesen

Aufbau eines generischen Nachrichtenbrokers für sichere Datenübermittlung (insb. OSCI) beginnend mit der elektronischen Rückmeldung und Kommunikation mit dem BfF

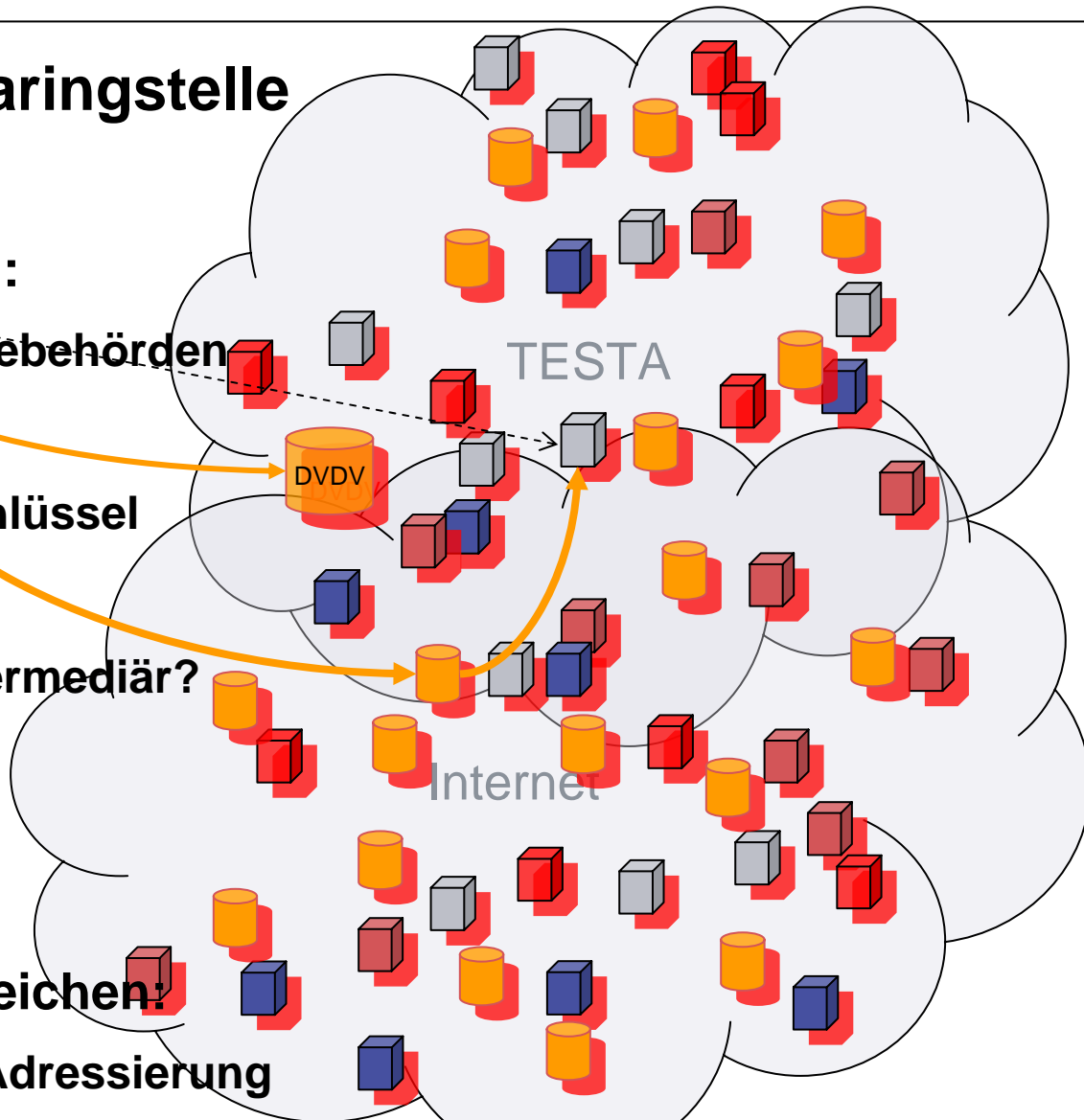
HH und SH

- ④ Eine gemeinsame Vermittlungsstelle für 2 Bundesländer
- ④ Wahrnehmung durch Dataport als „geeigneter Auftragnehmer“
- ④ Gemeinsame Clearingstelle und nicht nur gemeinsamer Intermediär
- ④ Generische, d.h. von Fachverfahren unabhängige Lösung
- ④ Nutzung Bausteine anderer E-Government-Komponenten
- ④ Verzicht auf OSCI-Transport bei länderinterner Übermittlung
- ④ Intern nur Nutzung von geschlossenen/vertrauenswürdigen Netzen
- ④ Organisatorische Synergien: z.B. DVDV-Pflege

Rückmeldung ohne Clearingstelle

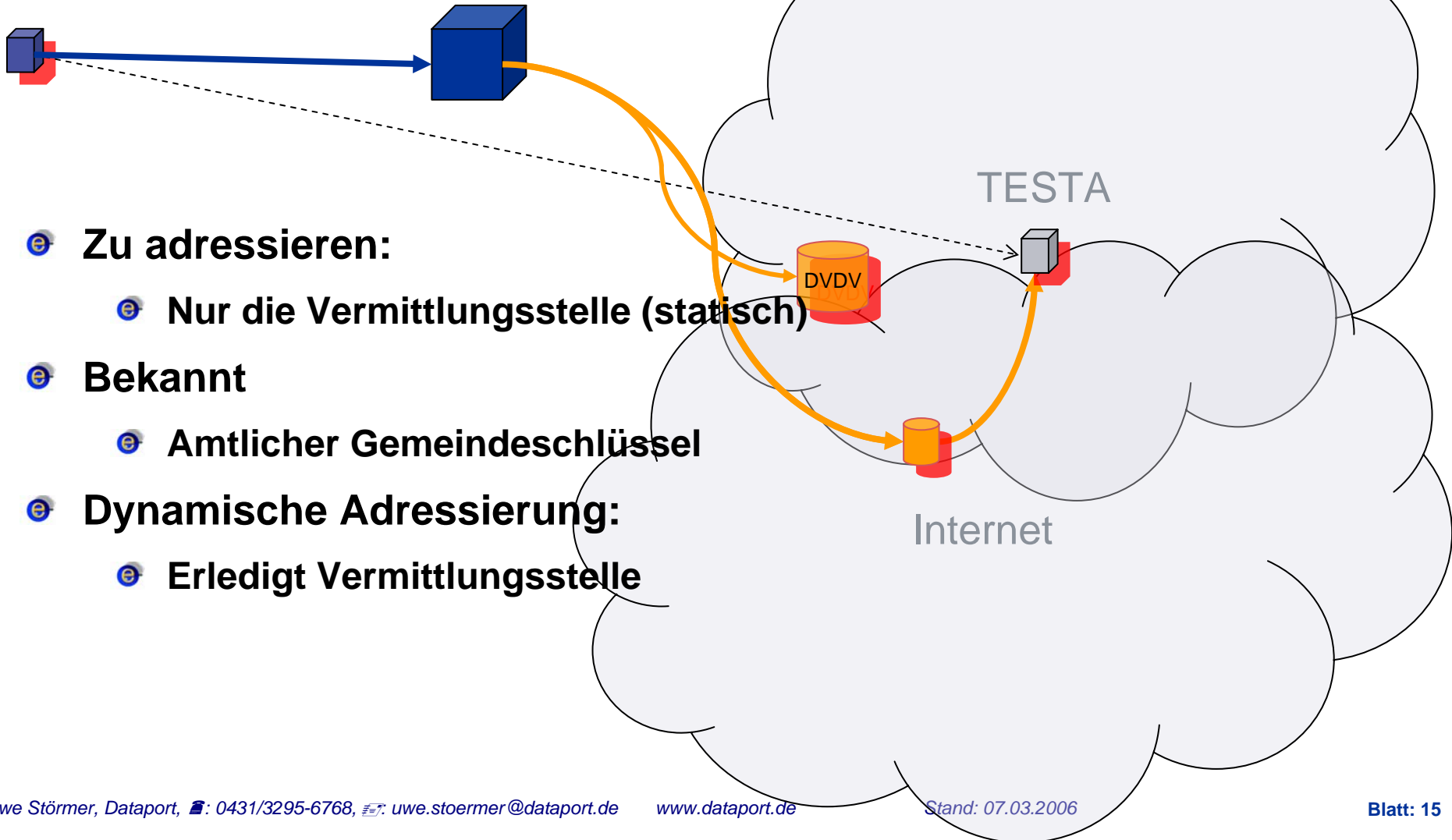


- ⓔ **Potenziell zu adressieren:**
 - ⓔ Jede der ca. 5.400 Meldebehörden
- ⓔ **Bekannt:**
 - ⓔ Amtlicher Gemeindeschlüssel
- ⓔ **Unbekannt:**
 - ⓔ Über welchen OSCI-Intermediär?
 - ⓔ In welchem Netz?
 - ⓔ Welche Netzadressen?
 - ⓔ Welche Zertifikate?
- ⓔ **Deshalb zusätzlich zu erreichen!**
 - ⓔ DVDV für dynamische Adressierung





Rückmeldung mit Clearingstelle



- ④ **Zu adressieren:**
 - ④ **Nur die Vermittlungsstelle (statisch)**
- ④ **Bekannt**
 - ④ **Amtlicher Gemeindeschlüssel**
- ④ **Dynamische Adressierung:**
 - ④ **Erledigt Vermittlungsstelle**



Status Clearingstelle

- ④ Entwicklung ist abgeschlossen
- ④ Hardware ist im RZ bei Dataport installiert
- ④ Beginn Testbetrieb ist angelaufen
- ④ Beginn Testbetrieb mit Pilotkommunen ab März
- ④ Echtbetrieb 01.01.2007

Elektronischer Briefkasten

Rechtverbindliche Kommunikation von und mit der Verwaltung

Dataport mit LDI für HH, SH und RLP

- ④ Postzustellung:
 - ④ Wer hat versandt? Wann wurde versandt? Wurde verändert?
 - ④ Wurde von Unbefugten Kenntnis genommen?
- ④ Papierpost
 - ④ Umfangreiche rechtliche und organisatorische Regelungen
 - Poststempel, Siegel, Zustellungsurkunde, Gerichtsbriefkasten....
- ④ e-Mail
 - ④ Ohne zusätzliche Sicherung hat e-Mail Postkartencharakter
 - Wenige rechtliche Regelungen – i.d.R. qualifizierte digitale Signatur erforderl.



Zugang zu Verwaltungsleistungen

- ④ Zielkonflikt
 - ④ Z.T. hohe rechtliche Anforderungen an elektronische Unterschrift
 - ④ Leichter Zugang für und Verfügbarkeit bei Kunden Echtbetrieb
- ④ Lösungsansatz:
 - ④ Unterschiedliche Sicherheitsstufen im Briefkasten
 - ④ Jeder Vorgang erhält die (rechtlich) niedrigstmögliche Sicherheitsstufe
 - ④ Einsatz des GovernmentGateways als Zugangskanal



Kostensparnis durch Gemeinschaftsentwicklung





Status elektronischer Briefkasten

Echtbetrieb

- ④ Justizbriefkasten
 - ④ Landesbriefkästen in HH und SH
 - ④ (Testbetrieb ab April 2006, Echtbetrieb voraussichtlich ab Juni 2006)
- ④ Verwaltungsbriefkasten
 - ④ Einsatz in RLP in 2. Jahreshälfte 2006
 - ④ HH und SH nach voraussichtlich nach Einführung Justizbriefkasten

Deutsches Verwaltungs Dienste Verzeichnis (DVDV)

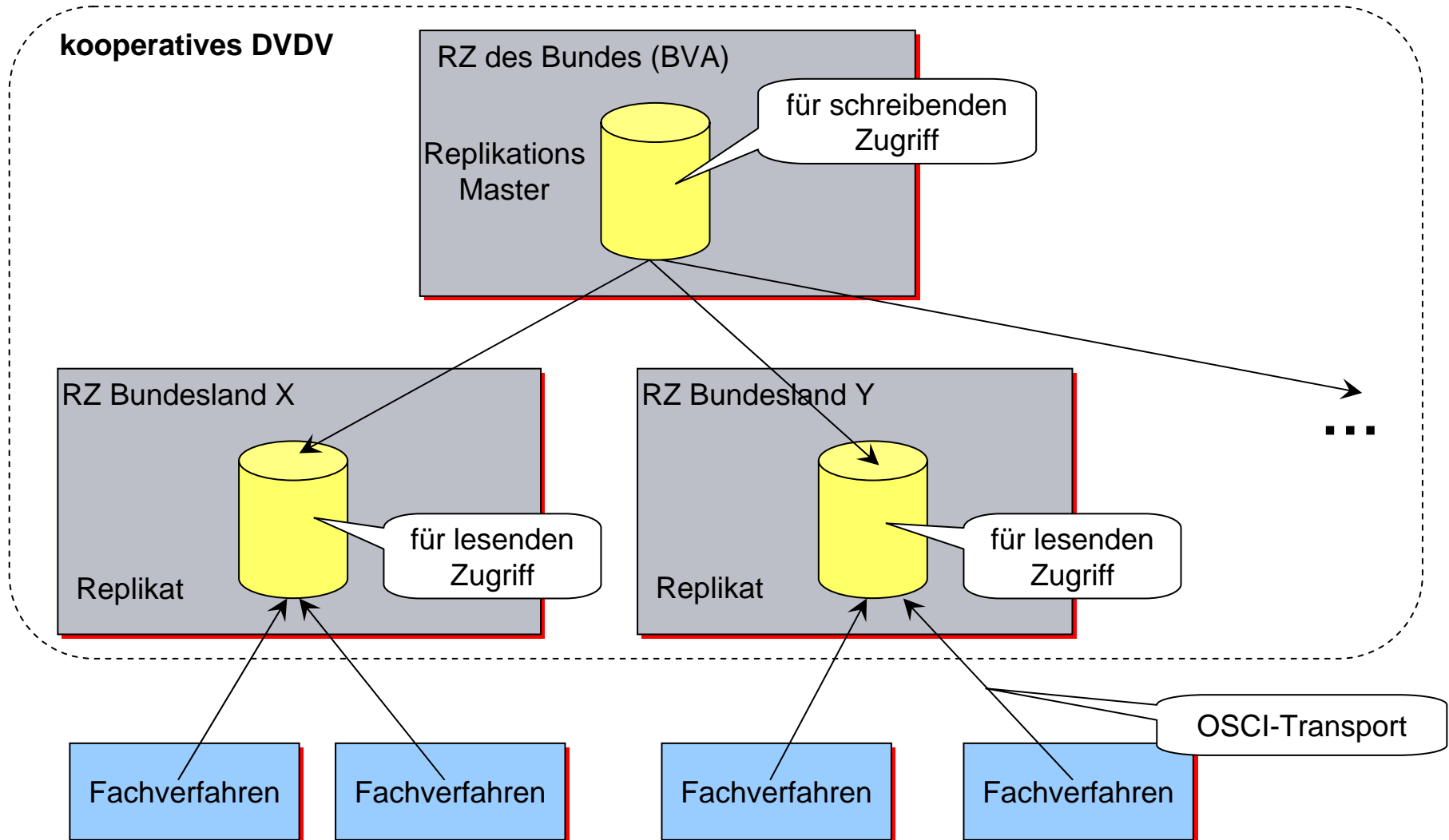
Konzeption und Entwicklung des DVDV (Gelbe Seiten der Verwaltungen)

Bund, HH, SH, NDS und HB

- ④ Konzeption und Entwicklung DVDV
- ④ Basis u.a. für OSCI-Transport-Transaktionen
- ④ DVDV enthält Informationen aller deutscher Verwaltungen
 - ④ Intermediäre
 - ④ Empfängersysteme
 - ④ Zertifikate
 - ④ Elektronisch bereit gestellte Dienste
- ④ Zwingende Voraussetzung für die Einführung elektronischer Rückmeldung



DVDV: Systemarchitektur





Status DVDV

- ④ Abschluss der Entwicklung Ende 2005
- ④ Betrieb Replikationsmaster durch den Bund
- ④ Betrieb Replikationsslave für
 - ④ Hamburg
 - ④ Schleswig-Holstein
 - ④ Niedersachsen
 - ④ Bremen

voraussichtlich bei Dataport

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit

